

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d



## Inhalt

Egon Bahr MdB, Präsidiumsmitglied der SPD, fordert eine neue Strategie des Westens: Sicherheitspartnerschaft.  
Seite 1

Dr. Axel Wernitz MdB, Vorsitzender des Innenausschusses des Bundestages, kommentiert die Demonstrationstatistik des Bundesinnenministers: Argument gegen die Verschärfung der Gesetze.  
Seite 3

Heidemarie Wiczorek-Zeul MdEP bilanziert den Zwischenbericht der Europakommission über die Situation der Frauen: Schlechte Noten für Bonn. Seite 4

Norbert Gansel MdB, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, widmet der Strauß-Reise nach Syrien eine Nachbetrachtung: Denktzettel für Genscher.  
Seite 5

39. Jahrgang / 38

22. Februar 1984

Für eine neue Strategie des Bündnisses  
-----

Die Sicherheit des einen ist die Sicherheit des anderen

Von Egon Bahr MdB  
SPD-Präsidiumsmitglied

Aus dem Bericht über die Kriterien neuer Strategien, den ich auf dem Sonderparteitag in Köln erläutert habe, ist ein Antrag des Vorstandes für den Ordentlichen Parteitag in Essen geworden: "Für eine Strategie des Bündnisses."

Die SPD macht den Versuch, die Doktrin der Abschreckung durch eine Strategie zu ersetzen, die Sicherheit gibt, glaubwürdig ist und deshalb von den Menschen auch akzeptiert werden kann. Es bedarf der Ausformulierung des Rahmens - und das wird eine wichtige Aufgabe nach dem Parteitag sein, für die Andreas von Bülow interessante und wichtige Anregungen vorgelegt hat.

Außerdem muß bei unseren Verbündeten im Westen und den Partnern im Osten für die Überzeugung geworben werden, daß die Vorstellung der "Gemeinsamen Sicherheit", aus der Mitte Europas entwickelt, im gemeinsamen Interesse liegt.

Sicherheitspartnerschaft ist die logische Konsequenz der Entspannungspolitik auf militärischem Gebiet. Sie entspricht der für die menschliche Geschichte neuen Qualität, daß Nuklearwaffen die Hoffnung auf Sieg ausgelöscht und die Erhaltung des Friedens zum ersten Gebot der Politik erhoben haben. Friede kann die Unterschiede der Ideologien und Systeme nicht auflösen oder verwischen, aber "ohne Frieden ist alles nichts".

Natürlich erfordert Sicherheitspartnerschaft ein Umdenken: In der bisherigen Geschichte hat der Mensch versucht, sich vor dem potentiellen Gegner zu schützen. Daß dies jetzt mit dem möglichen Gegner geschehen soll, erfordert eben den neuen Denkprozeß, der für die Fragen der Sicherheit aus ihrem ganz anderen Ansatz her von beiden Kirchen im Land auch für notwendig gehalten wird.

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2

Präsidenten-Druck  
im Verlags-Druck  
Bonn-Druck



Aber das Beispiel ist einfach und klar: Im Falle eines Konflikts wäre die DDR nicht weniger betroffen als wir. Die Sicherheit des einen ist die Sicherheit des anderen. Im nuklearen Zeitalter gibt es keine Begrenzung des Atomkrieges.

Obwohl also die DDR einem anderen Bündnis-System angehört, ein anderes Gesellschafts-system hat, andere Wertvorstellungen und eine mit unseren Überzeugungen unvereinbare Ideologie behalten wird, ist sie Partner des gemeinsamen Überlebens. Das gilt für Frankreich und Polen ebenso wie zuletzt für Amerika und die Sowjetunion.

Sicherheitspartnerschaft könnte in der ersten Stufe das Ergebnis haben, die Entwicklung neuer qualitativer Waffen-Systeme, also die Ausdehnung der Rüstung in den Weltraum zu stoppen. Sie könnte dann, wie von einem Amerikaner vorgeschlagen, in den USA und in der Sowjetunion gemeinsam besetzte und ausgestattete Kontroll-Stationen vereinbaren und würde schließlich zu der Erkenntnis kommen, daß gemeinsame Sicherheit auch billiger zu haben ist als heute, das heißt zu wirklicher Abrüstung, über die zur Zeit nirgendwo auch nur verhandelt wird. In diese langfristige Perspektive sind die Überlegungen zu einer neuen Strategie des Bündnisses gestellt.

Bis zu einer neuen akzeptierten Strategie wird nicht weniger Zeit vergehen, als es gebraucht hat, von der Strategie der massiven Vergeltung zu der der flexiblen Antwort zu kommen. Die SPD ist sich ihrer besonderen Verantwortung in dieser internationalen Diskussion bewußt und fordert andere Parteien auf, dieses Feld nicht nur uns und dem Ausland zu überlassen.

Die Auseinandersetzung über die Stationierung der neuen Raketen hat uns den Blick für die weitergehenden Probleme einer neuen Strategie nicht verbaut; die Arbeit an einer neuen Strategie wäre keine Entschuldigung, das heute Mögliche und Nötige zu übersehen: Der Parteitag wird daneben seine Auffassung zu den aktuellen Fragen der Raketen, der chemischen Waffen, der Wiener Verhandlungen über Truppen-Reduktion und der Stockholmer Konferenz über Vertrauensbildende Maßnahmen zu sagen haben.

(-/22.2.1984/rs/vo-he)

+ + +



Demonstrationsstatistik

Ein Argument mehr gegen die Verschärfung des geltenden Rechts

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Vorsitzender des Bundestagsinnenausschusses

Seit 1970 legt das Bundesinnenministerium eine Jahresübersicht über die Entwicklung der Demonstrationen und der im Zusammenhang damit begangenen strafbaren Handlungen vor. Die Demonstrationenstatistik basiert auf Mitteilungen der Innenminister und Innensenatoren der Länder. Dabei erfolgt die Benennung der im Zusammenhang mit den Demonstrationen begangenen Straftaten beziehungsweise Bußgeldvorschriften nicht aufgrund durchgeführter Straf- beziehungsweise Bußgeldverfahren, sondern aufgrund von Polizeiberichten.

Im Jahr 1983 hat sich die Gesamtzahl aller Demonstrationen gegenüber dem Vorjahr 1982 beträchtlich erhöht, und zwar von 5.313 auf 9.237. Auffällig und bemerkenswert ist die Tatsache, daß sich die Anzahl der unfriedlich verlaufenen Demonstrationen in wesentlich geringerem Umfang, und zwar von 229 im Jahr 1982 auf 274 im Jahr 1983 erhöht hat. Prozentual sind das 2,96 Prozent gegenüber 4,3 Prozent im Jahr 1982. Seit 1970 wurde ein so niedriger Prozentsatz nur noch im Jahre 1979 erreicht.

Diese Zahlen spiegeln unter anderem auch den nicht stattgefundenen, von manchen vorher so beredt beschworenen und manchmal beinahe herbeigeredeteten "heißen Herbst 1983" wider. Vorallem aber ist die Demonstrationenstatistik 1983 ein aktueller und eindrucksvoller Beleg dafür, daß das vorhandene rechtliche Instrumentarium - wenn man es anwendet und ausschöpft - im wesentlichen ausreicht, um einerseits das Grundrecht auf Demonstrationenfreiheit für friedliche Demonstranten zu gewährleisten und zugleich den Gewalttätern beizukommen.

Der Jahresbericht 1983 des Bundesinnenministeriums zur Demonstrationenentwicklung liefert damit einmal mehr gewichtige Argumente gegen die von der Bundesregierung und Koalition angestrebte Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts im Zusammenhang mit dem Landfriedensbruch in Paragraph 125 StGB. Nachdem die Praxis beweist, daß die ganz überwiegende Zahl der Demonstrationen friedlich verläuft, das geltende Recht also ausreicht, kann die Bundesregierung nur ein weiteres Mal dringend aufgefordert werden, ihren Gesetzentwurf zur Änderung des Paragraphen 125 StGB, der rechtsstaatlich bedenklich, unpraktikabel und nicht justitiabel ist, zurückzuziehen.

(-/22.2.1984/rs/vo-he)

+ + +



### Schlechte Chancen für die Frauen

---

Der Zwischenbericht der Europäischen Kommission kritisiert die Bundesrepublik

Von Heidemarie Wieczorek-Zeul MdEP

Die Europäische Kommission hat jetzt ihren Zwischenbericht über die Durchführung des Neuen Aktionsprogramms der Gemeinschaft zur Förderung der Chancengleichheit der Frauen vorgelegt. Wir erinnern uns: Im Dezember 1981 hatte die Kommission ein Aktionsprogramm vorgelegt, und im Juli 1982 hatte der Rat seinerseits die Kommission um einen vorläufigen Zwischenbericht über die in den Mitgliedsländern der EG erzielten Erfolge gebeten. Dieser jetzt vorliegende Zwischenbericht (18 Seiten dünn), dem 1985 ein ausführlicher Abschlußbericht folgen soll, basiert auf einem Fragebogen der Kommission und den entsprechenden Antworten der Mitgliedsländer.

Da der Rücklauf der Informationen sehr unterschiedlich ausfiel, hat die Kommission nur einige Aspekte von Maßnahmen der Mitgliedsländer hervorgehoben und im übrigen ihre eigenen positiven Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit innerhalb der Kommission vorgestellt. Trotzdem läßt sich erneut für die Bundesrepublik Deutschland Negatives aus dem Zwischenbericht herauslesen:

- Die Bundesrepublik Deutschland ist das einzige Mitgliedsland der EG, das noch keinen Ausschuß zur Förderung der Chancengleichheit eingesetzt hat.
- Die Bundesrepublik fördert zwar, wie andere Mitgliedsstaaten auch, Lehrgänge für Mädchen in nicht-traditionellen Frauenberufen. Aber von positiven Maßnahmen für Frauen hält sie nichts.

Andere Länder sind da weiter: das dänische Programm zur Schaffung von Arbeitsplätzen für arbeitslose Jugendliche zwischen 18 und 25 Jahren sieht gezielte positive Maßnahmen zugunsten von Frauen vor. Ziel dieses Programms ist die Schaffung von regulären Arbeitsplätzen auf lokaler Ebene im Privatsektor. So kann zum Beispiel bestimmt werden, daß bei bezuschußten Maßnahmen der Frauenanteil proportional zum Prozentsatz der arbeitslosen Frauen in der Region sein muß.

Alles in allem muß man sagen, hat die Bundesregierung nichts zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen beigetragen. Noch ist Zeit bis zum Abschlußbericht. Und vielleicht werden die verschiedenen Urteile aus Luxemburg dazu beitragen, der Bundesregierung in punkto Aktionen zugunsten von Frauen Beine zu machen.

(-/22.2.1984/rs/vo-he)

+

+

+



Ein Denktettel für Genscher

Eine Nachbetrachtung zum Damaskus-Besuch von Franz Josef Strauß

Von Norbert Gansel MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Bonner Beobachter fragen erstaunt, warum die Bundesregierung keine Parlamentarischen Anfragen zur vorerst letzten Auslandsreise des amtierenden Präsidenten des Bundesrates erhalten hat. Die Geschäftsordnung hätte es sehr wohl erlaubt, nach Gründen für die beispiellose Mißachtung des Auswärtigen Amtes zu fragen. - Die Opposition hat darauf verzichtet, Salz in die Wunden zu streuen, die Strauß dem Bundeskanzler und dem Außenminister im Vorbeireisen zugefügt hat. Außenpolitische Interessen sind schließlich wichtiger zu nehmen als innenpolitische Schadenfreude.

1. Innenpolitisch war die Reise des bayerischen Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der zweitstärksten Koalitionspartei nach Syrien ohne Abstimmung, ja sogar ohne Benachrichtigung der Bundesregierung ein Affront, der seinesgleichen sucht.
2. Außenpolitisch war sie eine vertane Chance für die Bundesrepublik. Es gibt durchaus Fragen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit, in denen Syrien für die Bundesrepublik Antworten durch legitimierte Sprecher erwarten kann. Es gibt aber vor allem ein Interesse, mit Syrien im außenpolitischen Gespräch zu sein. Syrien hat schließlich zwischen Tripoli und der Straße von Hormus eine Schlüsselstellung. Die Außenpolitik der Bundesregierung mißt Syrien nicht die Bedeutung bei, die es sichtbar besitzt.



3. In der internationalen Politik hat Assads Einladung an Strauß ihre Bedeutung in sich. Strauß steht ja nicht gerade in dem Ruf, Vermittlertalente zu besitzen. Mit der Einladung an einen notorischen Parteigänger der Reagan-Administration bewies der syrische Präsident Assad seine persönliche und politische Souveränität nicht zufällig im Zeitpunkt des sowjetischen Führungswechsels. Vasallen pflegen zu solchen Zeiten abzuwarten. Assad kann handeln. Wenn er zu anderer Zeit wartet, macht er damit seine Politik. - Das kalkulierte Vergnügen am internationalen Medien-erfolg ist Assad übrigens wie Strauß zuzutrauen.

Ziehen wir also einen Schlußstrich unter diese Eskapade von Franz Josef Strauß! Gönnen wir ihm, daß er dem unheilichwangeren Kommunalwahlkampf in Bayern für ein paar Tage entfliehen konnte!

Lernen wir für die Politik, was daraus möglich ist: Die Syrer möchten mit den Deutschen in der Bundesrepublik reden. Sie können sich ihre Gesprächspartner sogar aussuchen. Das ist ein Denktzettel für Bundesaußenminister Genscher, der länger schon als der Bundeskanzler um Syrien eine Kurve macht. Ohne weitere Verärgerung sollte die offizielle Außenpolitik der Bundesrepublik daran denken, wie man reagieren kann. Das gilt für die Bundesregierung, aber auch für den Bundestag. Schließlich ist auch der außenpolitische Ausschuß des syrischen Volksrates seit langem an einem Besuch beim Parlament der Bundesrepublik interessiert.

(-/22.2.1984/rs/vo-he)

+ + +

